

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/184

24. September 1976

Der Bürger muß sich keine Angst einjagen lassen

-----  
Innere Sicherheit bei der sozialliberalen Koalition in  
besten Händen

Von Heinz Peneky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages und Spre-  
cher der SPD-Fraktion für Fragen der Inneren Sicherheit

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Von der CDU/CSU programmiert: soziale Demontage

-----  
Franz-Josef Strauß lieferte jetzt schriftlich den Beweis

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für  
Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des Vorstandes der  
SPD

Seite 3 / 28 Zeilen

Mehr als nur ein Schaukampf

-----  
In der Union haben die Scharfmacher das Heft in der Hand

Seite 4 / 48 Zeilen

Gedenken an einen großen Sozialdemokraten

-----  
Zum 80. Geburtstag von Wenzel Jaksch am 25. September

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Deutschlandpolitik à la Kohl

-----  
Eine gefährliche Mischung aus Abenteuerertum und Dilettan-  
tismus

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Be-  
ziehungen

Seite 7 / 22 Zeilen

Feine CDU-Demokraten in Niedersachsen !

-----  
Vorwürfe wegen Regierungswechsel-Klüngerei noch immer  
ungeklärt

Von Reinhard Scheibe

Geschäftsführer der SPD-Fraktion im niedersächsischen  
Landtag

Seite 8 und 9 / 56 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

-----  
Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 126 408  
Presséhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 89 37 - 93  
Telex: 08 88 346-48 ppbn d

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Der Bürger muß sich keine Angst einjagen lassen

Innere Sicherheit bei der sozialliberalen Koalition in besten Händen

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages und  
Sprecher der SPD-Fraktion für Fragen der Inneren Sicherheit

Das Thema Innere Sicherheit spielt auch in diesem Wahlkampf eine erhebliche Rolle. Die Unions-Parteien, vor allem ihre Scharfmacher wie Kohls Schatten-Innenminister Dr. Alfons Dregger, versuchen immer wieder, aus dem Geschäft mit der Angst politisches Kapital zu schlagen. Im Widerspruch zu allen Tatsachen versuchen sie, der sozialliberalen Koalition in der Inneren Sicherheit Schwäche zu unterstellen, um sich dann selbst als Hüter von "Recht und Ordnung" zu empfehlen.

Das aber sind die Fakten: Polizei und Justiz sind uneingeschränkt handlungsfähig. Die Koalition hat auf diesem Gebiet Vorbildliches geleistet. Das Bundeskriminalamt, das uns 1969 von der Union in einem beklagenswerten Zustand hinterlassen worden ist, gehört heute zu den angesehensten Einrichtungen dieser Art in der Welt. Es kann sich durchaus mit den schon legendären Institutionen der Verbrechensbekämpfung wie Scotland Yard und FBI messen. Mehr noch: In einigen Bereichen, beispielsweise im Informationssystem und der elektronischen Datenverarbeitung, kann das BKA als weltweit anerkanntes Modell gelten. Das kommt freilich nicht von ungefähr. Statt 22,4 Millionen DM (1969) stehen dem BKA heute 149 Millionen DM zur Verfügung; statt damals 930 Mitarbeiter hat das BKA heute 2.486. In diesem Zusammenhang ist auch der Bundesgrenzschutz zu erwähnen, der in eine einsetzfähige Polizeireserve des Bundes umformiert wurde. Heute ist der BGS ein hochmobiles, schnell einsetzbares Sicherheitspotential.

Als ob all diese Tatsachen keine Rolle spielten, versucht die CDU/CSU, dem Bürger in einer verantwortungslosen Kampagne zur Erzeugung von Hysterie immer wieder einzureden, daß er Angst um seine Sicherheit haben müsse: Angst wegen steigender Kriminalitätsziffern, Angst vor Terroristen und so weiter. Diese Angst ist völlig unbegründet. Ein paar Beispiele dazu: Unser Land ist mit kriminellen Herausforderungen nicht schlechter, sondern besser fertig geworden als andere Staaten. Die Kriminalitätsziffern steigen bei uns langsamer, die Schwermriminalität verzeichnet geringere Zuwachsraten als in ver-

gleichbaren Ländern. Die Aufklärungsquote in der Bundesrepublik kann sich sehen lassen. Bei der schweren Kriminalität beträgt sie über 90 vH.

Diese Erfolge waren nur möglich, weil Sozialdemokraten in Bund und Ländern konsequent für einen personellen und technischen Ausbau der Sicherheitsorgane eingetreten sind. Der Vorwurf der CDU/CSU, die Regierungskoalition habe nicht genug für die Innere Sicherheit getan, kann nur als schlechter Witz angesehen werden. Das Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität faßt die Wuchervorschrift und die Konkursdelikte neu. Subventions- schwindel und Kreditbetrug wird ein wirksamer Riegel vorgeschoben, denn auch das gehört zur Inneren Sicherheit. Von diesem Gesetz profitiert vor allem der kleine Mann. Täter im weißen Kragen können jetzt wirksam bekämpft werden. Auch das neue Waffenrecht sollte nicht unerwähnt bleiben. Das Gesetz wurde gegen Widerstände der CDU verschärft. Die "Ballermänner" der Dunkel- männer können jetzt endlich an die Kette gelegt werden.

Aber mit repressiven Maßnahmen allein ist es nicht getan. Die beste Kriminalpolitik ist noch immer die, die Verbrechen im Ansatz verhütet. Durch die Reform des Strafvollzuges haben wir einen weiteren Schritt getan, um die innere Sicherheit zu verbessern. Der Freiheitsentzug, so hat die SPD in ihrem Papier zur Inneren Sicherheit dargelegt, soll künftig besser zur sozialen Eingliederung genutzt werden. Wo dies gelingt, durchbrechen wir den Teufelskreis von Straftat, Haft, Entlassung, Arbeitslosigkeit, vergeblicher Wohnungssuche, erneuter Straftat und erneuter Haft. Der von der Koalition verbesserte Strafvollzug ist wirksamer Verbrechenenschutz und somit ein Gebot kriminalpolitischer und sozialpolitischer Vernunft. Sozialdemokraten fragen nach den Ursachen der Kriminalität. Wir werden daher weiter daran arbeiten, materielle Not zu beseitigen. Wir werden das soziale Netz so aus- bauen, daß das Vertrauen des Bürgers zum demokratischen Verfassungsstaat gefestigt und dadurch der innere Frieden gestärkt wird. (-/24.9.1976/va/or)

+ + +

Von der CDU/CSU programmiert: soziale Demontage

Frenz-Josef Strauß lieferte jetzt schriftlich den Beweis

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit  
und Sozialordnung und Mitglied des Vorstandes der SPD

Was man bisher aus Äußerungen und Planungen von Unionspolitikern schließen konnte, ist jetzt von Strauß offiziell bestätigt worden: Die "Sozialgarantie" der CDU hat mit den tatsächlichen Vorstellungen der Union nichts zu tun. Soziale Demontage wäre sicher, wenn Kohl Kanzler würde.

Strauß in der Wirtschaftswoche vom 24.9.1976: "Es ist meines Erachtens richtig, daß staatliche Sozialleistungen grundsätzlich nur denen zugute kommen sollten, die einer staatlichen Unterstützung bedürfen." Mit diesem Satz erteilt Strauß der vom Grundgesetz festgeschriebenen Konzeption des Sozialstaates eine Absage. Nicht mehr die vorausschauende Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in einer Weise, die die Ursachen für soziale Notfälle zu verhindern sucht, sondern die Beschränkung der staatlichen Sozialpolitik auf Sanitätsstruppe und Verbandsplatz ist das Ziel der Strauß'schen Konzeption.

Zu einem solchen Konzept passen nicht Regelungen wie die im Arbeitsförderungs-gesetz, mit denen sichergestellt wird, daß der wirtschaftliche Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch abgesichert und erleichtert wird, ohne daß die damit verbundenen Lasten auf Arbeitnehmer abgewälzt werden, die diese Prozesse nicht ausgelöst haben.

Ebenso ist zu fragen, ob Strauß das für alle gleiche Kindergeld abschaffen will. Und will Strauß etwa in das neue Gesetz für die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten Einkommensgrenzen einbauen?

Die Liste dieser Fragen ließe sich noch lange fortsetzen. Als der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner vor der Sommerpause an alle Bundestagsabgeordneten der SPD eine Dokumentation über die Planungen der CDU/CSU gegen Einrichtungen des Sozialstaates versandte, empörte sich der Bundesgeschäftsführer der CDU über diese angeblichen "Unterstellungen". Diesen koametischen Versuchen hat Strauß nun endgültig die Grundlage entzogen.

(-/24.9.1976/va/pr)

+ + +

### Mehr als nur ein Schaukampf

---

In der Union haben die Scharfmacher das Heft in der Hand

Dieser Wahlkampf wird häufig als ziemlich kraftlos, dann aber auch wieder als gefährlich aggressiv bezeichnet. Ist das ein Widerspruch?

In der schweizerischen "Weltwoche" bewertet der Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Thomas Fleiner den Slogan der CDU/CSU "Freiheit statt/oder Sozialismus" als Exempel für einen zur Gladiatorenschlacht entarteten Wahlkampf. "Als Angehöriger einer christlichen Volkspartei des Nachbarlandes kann man derartige Verunglimpfungen nur bedauern", urteilt er und erinnert daran, daß Sozialdemokraten bewiesen haben, "daß sie für die Freiheit nicht nur einstehen, sondern dafür sogar das Leben einzusetzen bereit sind." Der Wissenschaftler fragt: "Sind derartige Vergiftungen tatsächlich notwendig?" und weiß natürlich, was jeder weiß: "Offenbar sollen Leerformeln und Slogans die fehlenden Alternativen ersetzen." Die Frage aber bleibt: "Ist es sinnvoll, die Gegenseite zu verteufeln und aus der Verunsicherung des Bürgers Kapital zu schlagen? Führt dies nicht zu einer Entfremdung des Bürgers vom Staat, die möglicherweise nicht mehr rückgängig gemacht werden kann?"

Kraftlos argumentieren und dabei aggressiv auftreten, das schließt sich keineswegs aus, im Gegenteil, das trifft sich oft. Je mehr Abstand die Union von einer Politik der sachlichen Alternative zur Arbeit der sozialliberalen Koalition nimmt, desto größer werden die Chancen der Scharfmacher in ihren Reihen. Strauß hat in Sonthofen mit der Verkündung seiner Strategie der Antipolitik, des absoluten Verzichts auf konstruktives Mitwirken zugunsten ständigen Hintertreibens und Schürens latenter Urängste, diesen Kräften das Feld freigegeben. Der baden-württembergische Landtagswahlkampf im Frühjahr war für die Union die Generalprobe zum totalen Ideologischen Krieg. Ministerpräsident Filbinger machte mit der Parole "Demokratischer Staat oder sozialistische Gesellschaft" den Auftakt, an die Stelle sachlicher politischer Konkurrenz die pseudo-philosophisch bemäntelte Diffamierung des Gegners zu setzen.

Es gehört seitens der CDU/CSU freilich schon ins Groteske gesteigerte Abgeschmacktheit und Unverfrorenheit dazu, mit dem "Freiheits"-Spruch durchs Land zu ziehen. Wer sie es doch, die (wenn auch zum Glück erfolglos) in der gesamten Gesetzgebung für eine Schwächung der Freiheit, der Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums zugunsten staatlicher Autorität oder mächtiger Privatinteressen (am besten beides übereinstimmend) eingetreten ist. Es kann nur arglistige Täuschung oder Schizophrenie sein, wenn die Union in ihrer Werbung das Banner der Freiheit flattern läßt, während in der Praxis ihre Exponenten Strauß und Dregger unverhohlen dem Abbau des Sozialstaates und der Rückkehr zum Obrigkeitsstaat das Wort reden. Bevor man sich also auf subtile Diskussionen über diverse Freiheitsbegriffe einlassen kann, gilt es klarzustellen, daß es sich bei dem Slogan der C-Parteien schlicht um Schwindel handelt.

Eine gefährliche Illusion ist indessen die Annahme, das Auftreten der Unions-Scharfmacher sei nur eine Shownummer für den Stimmenfang. Diese aggressiven Kräfte haben, begünstigt von der Auszehrung der realpolitischen Substanz im konservativen Lager, längst ihre eigene Dynamik entwickelt, die den gesamten Kurs der CDU/CSU bestimmt. Vor der Ansicht, es sei alles wohl nicht so ganz ernst zu nehmen, was sich dieser Tage abspielt, kann nur gewarnt werden.

Claus Preller  
(-/24.9.1976/vo/pr)

\* \* \*

Gedenken an einen großen Sozialdemokraten

Zum 80. Geburtstag von Wenzel Jaksch am 25. September

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch war einer der geistigen Väter einer neuen Orientierung unserer nach Osten gerichteten Politik, die aber demals, zum Zeitpunkt seines Verkehrsunfall-Todes vor einem Jahrzehnt, noch der Verwirklichung harrete. Man kann mit Fug und Recht annehmen, daß es von großem Nutzen gewesen wäre, wenn er auch an der Ausführung dieser Politik hätten mitwirken können.

Sein Werk und Lebensweg sind geprägt worden von einer Sozialdemokratie, die einen anderen Entwicklungsengang genommen hat als die Sozialdemokratie im Deutschen Reich. Für die Sozialdemokratie des alten österreichischen Vielvölkerstaates war die soziale Frage immer verbunden mit dem Problem des Zusammenlebens, des Friedens und Ausgleichs zwischen den Nationalitätengruppen. Für sie waren nicht nur die Klassengegensätze, sondern auch die Gegensätze der Nationalitäten eine Frage von brennender Aktualität und existentieller Bedeutung. Schon früh haben die österreichischen Sozialdemokraten erkannt, daß der Nationalstaat im mittel- und osteuropäischen Raum kein geeigneter Weg sein konnte, um den Völkern Frieden zu bringen und entscheidende Fortschritte in der Lösung der sozialen Frage. Jaksch blieb sein ganzes Leben hindurch diesem Grundgedanken des Föderalismus treu, der den Selbstbestimmungswillen, das Recht auf Selbstbestimmung der Völker mit der Idee einer Überbrückung der nationalen Gegensätze durch eine föderative Ordnung zu verbinden suchte.

Es ist zu einem erheblichen Teil das Verdienst Wenzel Jakschs und beruht im Grunde auf den gleichen Einsichten und Überzeugungen, die seine Politik vor der Katastrophe geleitet haben, daß die Vertriebenenfrage bei uns anders und erfolgreicher gelöst wurde als bisher in der Geschichte und in anderen Weltregionen. Sein Sinn für das Ursprüngliche und für den Wert der Verwurzelung in Volk und Heimat ließ ihn am Gedanken des Heimatrechts und der Selbstbestimmung festhalten und an der Organisation der Heimatvertriebenen zur Wahrung ihrer Interessen und ihrer landsmannschaftlichen Verbundenheit mitwirken. Zugleich aber hatte er erkannt, daß die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Vertriebenen keinen Aufschub dul-

de, und daß man sie lösen müsse, damit sie nicht von falschen Propheten mißbraucht werden können.

Jaksch war keineswegs ein dem bloß praktischen Tun verhafteter Politiker. Er hat manches schon vorausgedacht, was manchem schon gedanklich auf der Spur, das erst Jahre oder Jahrzehnte später in der SPD als wegweisend oder richtiges und notwendiges Ziel erkannt wurde. Zu erwähnen sind 1/ das Konzept der SPD als einer Volkspartei, das im Godesberger Programm voll zum Durchbruch kam; 2/ die Idee Europas als dem politischen Gemeinwesen der Zukunft auf föderativer Grundlage; und 3/ der Gedanke einer Ostpolitik, die darauf abzielt, Osteuropa für eine europäische Friedensordnung neu zu erschließen und durch eine solche Politik mit der Zeit die Spaltung Europas zu überwinden. Alle drei Entwürfe folgen, wie mir scheint, der gleichen Grundidee einer Lösung der Probleme durch einen Brückenschlag zwischen verschiedenartigen Kräften und Existenzen, der schließlich zu einem fruchtbaren Zusammenwirken in festen Bindungen führen soll, ohne daß dabei die Verschiedenartigkeit oder auch das Bestehen teilweiser Gegensätze geleugnet zu werden braucht.

War die erste Phase seines Wirkens in der Bundesrepublik den unmittelbaren Vertriebenenproblemen gewidmet, so hat Wenzel Jaksch sich in der zweiten Phase als Mitglied des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Ausschusses an die Frage herangewagt, wie wir die zwischen uns und dem Osten bestehenden Probleme lösen können. Die Frucht dieser Bemühungen war der sogenannte Jaksch-Bericht des Auswärtigen Ausschusses, der zusammen mit dem Antrag des Ausschusses vom Deutschen Bundestag in der Sitzung am 14. Juni 1961 einstimmig angenommen wurde. Dieser Antrag forderte die Bundesregierung dazu auf, eine aktive Ostpolitik zu betreiben und die Voraussetzungen dafür zu schaffen. In Abschnitt IV dieses Berichtes wird gesagt: "Die deutsche Demokratie kann nicht darauf verzichten, ihr künftiges Verhalten zu den osteuropäischen Völkern unter europäischen Perspektiven und aus konstruktiven Vorstellungen heraus anzubahnen. Die Bundesrepublik sollte daher bei ihren Bemühungen um die westeuropäische Integration auch die Notwendigkeit künftiger Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Völkern im Auge behalten". Die Entwicklung dieses Konzepts und seine einstimmige Annahme war ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Sozialdemokratie und darüber hinaus für die deutsche Innenpolitik, nur vergleichbar der Bundestagsrede Wehnere in der außenpolitischen Debatte vom Juni 1960, in der dieser ausdrücklich das Bekenntnis der SPD zum Westen und den mit ihm geschlossenen Verträgen zum Ausdruck brachte.

Wenzel Jaksch ging immer seinen Weg in der Standfestigkeit für das richtig Erkannte. Wir zehren eigentlich noch heute von dieser Standfestigkeit und der inneren Verbundenheit zwischen den Südetendeutschen und den Sozialdemokraten, für die der unvergessene Wenzel Jaksch ein Vorbild und Überzeugender Bürge gewesen ist. (-/24.9.1976/vc/pr)

Deutschlandpolitik à la Kohl

Eine gefährliche Mischung aus Abenteuerertum und Dilettantismus

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die wirtschaftlich und finanziell mächtige Bundesrepublik braucht der kleinen DDR nur mit dem großen Stock ökonomischer und anderer Sanktionen zu drohen, und schon wird diese politisch gefügig. So stellt der CDU/CSU Kanzlerbewerber Dr. Helmut Kohl der Öffentlichkeit die "Deutschlandpolitik" dar, die er als Regierungschef betriebe und von der er sich, wie er im Fernsehen erklärte, auch die Rücknahme des Schießbefehls der DDR-Grenztruppen verspricht.

Es ist im höchsten Maße erstaunlich, mit welcher Unverfrorenheit dieser Mann die Wähler in die Irre und hinteres Licht zu führen sucht, gerade so, als hätte ein jeder die deutschlandpolitisch total unfruchtbaren Jahre der Unions-Herrschaft vergessen. In den Jahren nach dem Bau der Mauer ist unter CDU-Kanzlern nichts geschehen, um der Grenze den Charakter der Unmenschlichkeit zu nehmen.

Der Schießbefehl wird nur dann aufgehoben werden, wenn es uns gelingt, mit mehr menschlichen Erleichterungen, mehr Freizügigkeit und starken Bindungen wirtschaftlicher und kultureller Art zu mehr Normalisierung in Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zu kommen.

Kohls unrealistische Versprechungen offenbaren dagegen nicht allein seinen politischen Provinzialismus und Dilettantismus; sondern auch Elemente von Abenteuerertum. Entweder hat Kohl tatsächlich keine Ahnung, oder er täuscht bewußt die Bürger, läßt sie in Unkenntnis über sein gefährliches Vabanquespiel.

(-/24.9.1976/va/pr)

+ + +

Feine CDU-Demokraten in Niedersachsen !

Vorwürfe wegen Regierungswechsel-Klüngelei noch immer ungeklärt

Von Reinhard Scheibe

Geschäftsführer der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die Hintergründe des Regierungswechsels in Niedersachsen liegen noch immer im dunkeln. Weder Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, der am 6. Februar mit Hilfe einiger bis heute unerkannt gebliebener Abgeordneter der SPD/FDP-Koalition zum Regierungschef gewählt wurde, noch seine niedersächsische CDU haben es bislang für erforderlich gehalten, prägnante Auskünfte zu den Veröffentlichungen zu geben, in denen vor kurzem erstmals Indizien dafür genannt wurden, daß die Albrecht-Wahl unter Beteiligung von führenden CDU-Politikern vorab ausgehandelt gewesen ist. Grundlage dieser Indizien war der Antrag des hannoverschen CDU-Mitgliedes Heinrich Stulle, Landwirtschaftsrat i.R., an das Landesparteigericht der CDU, Albrecht aus der Partei auszuschließen, weil er sein Wort gebrochen und Stulle nicht zum Minister gemacht habe. Eine entsprechende Zusage hat Stulle nach seinen Angaben von Albrecht für den Fall erhalten, daß es ihm gelingt, zumindest zwei Koalitionsabgeordnete zu bewegen, Albrecht zu wählen.

Unbestritten ist unterdes, daß Albrecht vor dem Regierungswechsel tatsächlich mit Stulle gesprochen hat: der heutige Ministerpräsident empfing den Landwirtschaftsrat, der einst der rechtsradikalen deutschen Reichspartei des Adolf von Thadden und dann der welfischen Deutschen Partei angehörte, in seinem Direktorenbüro bei der hannoverschen Keksfabrik Bahlsen. Unbestritten ist ferner, daß Stulle nicht nur mit Albrecht, sondern gleich viermal auch mit dem CDU-Fraktionsgeschäftsführer Herbert Stender verhandelt hat, der 1970 von der FDP zur CDU übergelaufen war. Und unwiderprochen ist die Nachricht von den beiden Briefen geblieben, die Stulle vor dem Regierungswechsel dem niedersächsischen CDU-Chef und heutigen Bundesratsminister Wilfried Hasselmann abgeschickt hat.

In diesen Briefen prophezeite Stulle am 20. Januar, daß "bei der Abstimmung... mindestens 78 Stimmen erreicht werden", und am 30. Januar,

elieben Tage vor Albrechts Wahl, "daß zwei Landtagsabgeordnete der SPD/FDP-Koalition... Herrn Dr. Albrecht wählen würden ... ordentliche Leute, die ... zur CDU gut passen". Tatsächlich gab es führende CDU-Abgeordnete, die schon noch früher, nämlich bereits am 14. Januar, im niedersächsischen Landtag zu erzählen wußten, "daß wir die Wahl gewinnen, weil zwei Koalitionsabgeordnete für uns stimmen werden". Nur Albrecht selber, angeblich, hat wohl nichts gewußt. Ihm war bei seinem Gespräch mit Stulle, den Landesminister Wilfried Hasselmann heute als "alten, körperlich gebrechlichen Mann" abqualifiziert, lediglich aufgegangen, "was Geistes Kind" der sei. Trotzdem führte er nach seiner Wahl ein weiteres Gespräch mit Stulle, diesmal telefonisch. Trotzdem hielt das CDU-Landesparteigericht es für wichtig, den (formal gar nicht zulässigen) Stulle-Antrag auf Parteiausluß Albrechts sogar mündlich zu verhandeln, wobei sich, so Zeitungsmeldungen, Stulle plötzlich, "sehr zugänglich" zeigte und seinen Antrag zurückzog.

Aber schließlich: Stulle war, anders als heute behauptet wird, für die CDU nicht irgendwer. Denn abermals unbestritten ist geblieben, daß Stulle als Vorsitzender einer niedersächsischen Wählergemeinschaft bereits vor der Landtagswahl 1967 mit der CDU Verhandlungen geführt hat, an denen der heutige Innenminister Gustav Besselmann auch teilgenommen hat.

Die niedersächsischen Sozialdemokraten haben bereits vor einer Woche an die Regierung Albrecht und an die niedersächsische CDU präzise Fragen nach den Hintergründen der Affäre gerichtet und ihre klare, unmißverständliche und rechtlich einwandfreie Aufklärung gefordert. Daß der Regierungswechsel das Werk eines politischen Klüngels war, der von weit rechts über die CDU hinaus agiert, kann solange nicht ausgeschlossen werden, wie Albrecht und die CDU nicht bekennen, was genau geschehen ist. Albrechts Pressesprecher Hilmar von Poser wußte bisher nur mitzuteilen: "Da ist kein Dunkel, weshalb sollte man da Licht reinbringen".

Feine Demokraten sind das, die CDU-Regierenden in Niedersachsen!

(-/24.9.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller